



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Währenddessen war man an der Stelle angekommen, wo sich ihre Wege trennten. Hunding zog die Mütze, und der Professor reichte ihm wie einem jüngern Freunde die Hand und sagte: Ich will's versuchen.

Der Cato nahm seine Primaner für voll und behandelte sie wie junge erwachsene Männer, und das rechneten ihm seine Primaner hoch an.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 24. Januar 1909

(Die Rede des Fürsten Bülow im Abgeordnetenhaus. Verständigung über die Steuerreform in Preußen. Die sächsische Wahlrechtsreform.)

Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht gegenwärtig die Rede, die Fürst Bülow im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Generaldebatte über den Staatshaushaltsetat am 19. Januar gehalten hat. Sie scheint auf verschiedenen Seiten eine gewisse Überraschung hervorgerufen zu haben, weil sie zum Teil politische Thematata behandelte, über die man das Nötige im Reichstage zu hören erwartete. Aber man wird zugeben müssen, daß der Zusammenhang dieser Fragen mit der preussischen Politik so eng ist, daß sie auch im Abgeordnetenhaus erörtert werden können, und da sich Fürst Bülow, einem schon von Bismarck geübten und empfohlenen Brauch entsprechend, von Kommissionsberatungen aus wohlervoguen Gründen fern hält, so erscheint es begreiflich, daß er die im Abgeordnetenhaus gebotene Gelegenheit zu einer von ihm für notwendig gehaltenen politischen Aussprache wahrnahm, weil die Geschäftseinteilung des Reichstags ihn wahrscheinlich noch auf längere Zeit hinaus verhindert hätte, dort im Plenum zu sprechen. Er wollte aber nicht schweigen, während der Kampf in der Presse um alle diese bedeutenden Fragen täglich eifriger und schärfer wird.

Die Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus drehte sich um so wichtige Finanzfragen, daß der Übergang zu der auch die einzelstaatlichen Finanzen so nahe berührenden Reichsfinanzreform von selbst gegeben war. Deshalb sprach Fürst Bülow auch über die Nachlasssteuer, weil die verschärfte konservative Agitation gegen diese Steuer eine Gegenwehr dringend notwendig macht. Der Abgeordnete von Pappenheim hatte sich auch im Abgeordnetenhaus scharf gegen die Nachlasssteuer ausgesprochen. Der Träger der Opposition ist in diesem Falle eigentlich nicht die konservative Partei, sondern der Bund der Landwirte. Freilich weiß man, daß sich die Partei ungern zu dem Bunde in Gegensatz stellt und ihre Unabhängigkeit nach dieser Richtung in der Regel erst dann betont, wenn größere Werte auf dem Spiele stehen und die Gefahr eines dauernden Schadens für die Partei näherückt. Den Grundbesitzern ist der Gedanke, daß auch Kinder und Ehegatten eines Erblassers dem Staate etwas von ihrem Erbteil abgeben sollen, aus begreiflichen Gründen äußerst unsympathisch; daß sich auch die konservative Partei dieser Stimmung nicht entziehen konnte, ist selbstverständlich. Wenn ihr Widerstand gegen den Grundgedanken dahin zielte, die Vorschläge der Regierung nur nach schärfster Prüfung ihrer Notwendigkeit und Unerseßlichkeit und nur in einer Form, die den eigenartigen Verhältnissen des Grundbesitzes Rechnung trug, anzunehmen, so läßt sich kaum etwas dagegen einwenden. Aber für eine Interessenvereinigung wie den Bund der Landwirte, die sich so sehr als politische Macht fühlen gelernt hat, ist es schwer, in solchen Fällen der Versuchung einer Kraftprobe zu widerstehen. Hier muß die Opposition taktischen Zwecken dienen, und deshalb wird sie

verschärft und bis aufs äußerste gesteigert, weil demagogische Mittel am sichersten geeignet sind, das sonst leicht schwindende politische Interesse festzuhalten, dessen eine Vertretung wirtschaftlicher Sonderinteressen bedarf, wenn sie sich als Machtfaktor behaupten will. Eine so schöne Gelegenheit zur Opposition durfte sich der Bund nicht entgehen lassen, sonst wird er eine zwar nützliche, aber politisch bedeutungslose Berufsgenossenschaft, und seine Mitglieder könnten am Ende den Glauben verlieren, daß die Regierung nicht aus freier Einsicht der Landwirtschaft gibt, was ihr gebührt, sondern unter dem Druck der politischen Macht des Bundes. Darum entwickeln die Agrarier einen wahren Feuereifer in der Bekämpfung der Nachlaßsteuer.

Die Methode, die dabei angewandt wird, ist sehr bezeichnend. Vor allem gilt es, immer wieder die sachlichen Gründe aufmarschieren zu lassen, die gegen das Projekt einer allgemeinen Nachlaßsteuer ohne Einschränkungen sprechen, und die ja in der Tat für den kleinen und mittlern Grundbesitz von verhängnisvoller Bedeutung werden können. Natürlich muß aber dabei sorgfältig verschwiegen werden, daß diese Gründe in dem Regierungsentwurf gar nicht in Frage kommen, da sie bereits berücksichtigt sind und noch weiter berücksichtigt werden können. Der Entwurf hat zunächst jeden Nachlaß unter 20000 Mark als steuerfrei angenommen und die Steuersätze auch für recht beträchtliche Nachlaßwerte sehr niedrig festgesetzt, abgesehen von den besondern Rücksichten, die den Erben von Immobilien außerdem noch eingeräumt werden. Diese Vorschläge hat die Regierung gemacht, weil sie doch in irgendeiner greifbaren Form das Prinzip festlegen mußte. Es ist aber zur Genüge bekannt, daß die Mehrheitsparteien bereit sind, den Wünschen der Landwirtschaft noch weiter entgegenzukommen, und daß die Regierung gar nichts dagegen haben wird, wenn nur das gleiche finanzielle Ergebnis annähernd erreicht wird. So wird man wahrscheinlich die untere Grenze von 20000 Mark wesentlich hinausschieben, wahrscheinlich auf 70000 Mark, und dann bei höhern Nachlaßwerten eine stärkere Progression eintreten lassen. Man wird auch sonst bemüht sein, besonders bei der Vererbung von Grundbesitz alle Härten bei der Besteuerung zu beseitigen. Aber wenn das den Agrariern entgegengehalten wird, so erklären sie trocken: das berührt uns gar nicht; wir sind im Prinzip gegen die Nachlaßsteuer. Auch damit würde man sich abfinden können, wenn die agrarische Presse und ihre Agitatoren den Bauern dasselbe Lied vorpfeifen. Aber das fällt ihnen gar nicht ein. Sie unterlassen sorgfältig jede Aufklärung über das wirklich geplante und fahren statt dessen fort, das Bild von dem Steuerexekutor zu zeichnen, der jedem notleidenden Kleinbauern, der von seinem Vater den Besitz übernimmt, rücksichtslos einen Steuerbetrag erpreßt, der ihn ruinieren muß. So wird in echt demagogischer Weise die Abneigung der kleinen Landwirte gegen die Nachlaßsteuer auf Grund einer vollständig wahrheitswidrigen Darstellung der Tatsachen und mit Hilfe der Verschweigung der Wahrheit genährt. Damit gewinnt auch der Egoismus der Großgrundbesitzer einen geeigneten Vorwand, sich hinter „Prinzipien“ zu verstecken, die in ihrer sentimentalischen Verschwommenheit noch mehr ihren demagogischen Charakter offenbaren. Immer wieder wird der Unsinn wiederholt, daß die Nachlaßsteuer den deutschen Familiensinn untergraben müsse. Fragt man aber die Herren, warum denn von den vielen irdischen, zum Teil noch viel unangenehmern Geschäften, die mit einer Nachlaßbegüterung verbunden sind, gerade die Steuerforderung des Staats die verderbliche Wirkung auf die Anhänglichkeit an den Verstorbenen und den Familiensinn der Überlebenden oder die störende Wirkung auf die pietätvolle Trauerstimmung haben soll, so bleiben sie die Antwort schuldig. Wir erfahren auch nicht, warum diese Wirkungen da, wo diese Steuer schon bestehend, bisher nicht eingetreten sind, und warum der deutsche Familiensinn, der schon manche unangenehme Auseinandersetzungen zwischen Hinterbliebenen überdauert hat, plötzlich

angefichts dieser staatlichen Forderung jede Widerstandsfähigkeit verloren hat. Zweifellos wird auch jeder, der etwa die gegen die Nachlaßsteuer vorgebrachten allgemeinen Phrasen sachlich verteidigen wollte, sehr bald daran scheitern, weil ihn die Empfindung des Widerspruchs zwischen dem ernstesten Gegenstand und der unfreiwilligen Komik dieser Phrasen überwältigen muß. Daß das nicht so empfunden wird, erklärt sich eben aus dem rein demagogischen Zweck aller solcher Auseinandersetzungen.

Wie wird sich nun aber die konservative Partei als rein politische Organisation damit abfinden? Wer die Eigenheiten des Parteilebens kennt, wird sich nicht wundern, daß die Stellungnahme des Bundes der Landwirte, der stärksten volkstümlichen und unabhängigen Stütze, die die Konservativen haben, zunächst auf ihre Entschlüsse stark abfärben muß. Denn die Rücksicht auf eine besonders stark und deutlich hervortretende Stimmung der Wähler bedeutet für jede parlamentarische Fraktion, mag sie rechts oder links stehn, immer die Stelle, wo sie sterblich ist. Zwar enthält die Reichsverfassung in Artikel 29 den aus Artikel 83 der preussischen Verfassungsurkunde übernommenen, stolz klingenden Satz: „Die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten Volks und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.“ Die preussische Verfassungsurkunde schiebt sogar noch ein: „Sie stimmen nach ihrer freien Überzeugung.“ Aber das ist ein Ideal, dem die Wirklichkeit nicht immer entspricht. Der Neigung, der Stimmung der Wähler nachzuforschen, von denen zwar nicht das gegenwärtige Mandat, wohl aber die Wiederwahl abhängt, unterlegt manche „freie Überzeugung“, die freilich nach außen hin sorgfältig den Schein wahrt, als ob sie ganz aufrecht wandelte.

Es ist, wenn man die Lage verstehen will, notwendig, auf die Gefahr hinzuweisen, die aus der Beeinflussung der konservativen Partei durch agrarische Stimmungen droht. Aber man soll auch diese Gefahr nicht überschätzen oder vor ihr mutlos die Waffen strecken. Man darf wenigstens zwei Tatsachen nicht unbeachtet lassen. Erstens hat die konservative Partei immerhin die Tradition für sich, daß sie sich von der geschilberten Abhängigkeit von der Stimmung der Wähler in der Regel relativ freier gezeigt hat als manche andre Parteien. Daß sie sich von dieser Tradition in demselben Augenblick lössagen sollte, wo gerade auch die liberalen Blockparteien angefangen haben, in ihren parlamentarischen Fraktionen einiges Rückgrat gegenüber dem alten Parteischlendrian zu zeigen und ihr gutes Recht eigener politischer Einsicht und Erfahrung gegen den phrasenseltigen Unverstand der Wählermassen geltend zu machen, ist nicht anzunehmen; wenigstens würde sich die Partei in einen starken Widerspruch mit ihrer Vergangenheit setzen. Zweitens kann die konservative Partei, so gern sie sich sonst auf die agrarische Bewegung stützt und den besondern Schutz der landwirtschaftlichen Interessen in ihr Programm aufnimmt, doch nicht so völlig vor dem Bund der Landwirte kapitulieren, daß sie ihm die Betätigung ihrer allgemeinen politischen Grundsätze preisgibt. Das hat sie nicht einmal bei der Beratung des Zolltarifs getan, obwohl es damals eher zu rechtfertigen gewesen wäre als jetzt. Denn damals konnte man die Lage immerhin dahin verstehen, daß die Landwirte der Meinung waren, mit der Zustimmung zum Zolltarif wirklich der Allgemeinheit ein großes Opfer zu bringen; jetzt aber handelt es sich nicht um einen wirklichen Schaden für die Landwirtschaft, ja nicht einmal um ein Opfer überhaupt, sondern um einen eingebildeten Nachteil, um eine künstlich erregte Stimmung gegen eine „unsympathische“ Einrichtung. Um deswillen soll die konservative Partei das Odium für das Scheitern der Reichsfinanzreform auf sich nehmen, mit andern Worten den Staat bei einer der wichtigsten Reformen, die die Zukunft des Reichs sichern soll und durchaus keine Parteisache ist, völlig im Stich lassen? Gewiß liegt das nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, aber wahrscheinlich ist es nicht, daß diese Partei so vollständig ihre besten Überlieferungen verleugnen sollte.

Es ist bisher aus ihren Reihen kein geeigneter Ersatz vorgeschlagen worden. Denn es handelt sich doch darum, eine mit den Rechten der Bundesstaaten vereinbare Form direkter Besteuerung zu finden, die es den Liberalen ermöglicht, einer stärkeren Anspannung der indirekten Steuern zuzustimmen. Es müssen eben für die Reichsfinanzreform von beiden Seiten Opfer gebracht werden, nicht ausschließlich von den Konservativen für die Liberalen, aber auch nicht nur von den Liberalen für die Konservativen. Deshalb sind alle Vorschläge unbrauchbar, die an Stelle der Nachlasssteuer eine indirekte Steuer setzen wollen oder eine Steuerform, die von den Liberalen außer der Bereitwilligkeit zur schärfern Heranziehung von Bier, Tabak und Branntwein noch weitere grundsätzliche Zugeständnisse fordert, während die Konservativen von ihren Prinzipien nichts opfern wollen.

Fürst Bülow hat diesen Sachverhalt so eindringlich und maßvoll dargelegt, daß darin für die konservative Partei nichts Verletzendes lag. Wenn jemand, dem man in schonender Weise eine Meinung ausspricht, die er zunächst nicht teilt, plötzlich unwirsch, empfindlich und sogar unhöflich wird, so ist das immer ein Zeichen, daß er sich innerlich im Unrecht weiß und irgendwie im Gewissen getroffen fühlt. Wenn deshalb der Rede des Fürsten Bülow agrarische Demonstrationen gefolgt sind, die offenbar den Eindruck erwecken wollen, daß die konservative Partei dem Reichskanzler den Krieg zu erklären beabsichtige, so wird man sich dadurch nicht verblüffen zu lassen brauchen. Der temperamentvolle Herr von Oldenburg ist, so straff er auch in westpreussischen Parteiversammlungen das Zepher schwingen mag, und so heftig er auch gegen die unbotmäßige Regierung anrennt, doch noch lange nicht die konservative Partei, und diese hat bisher noch niemals eine Taktik beobachtet, die in kritischen Augenblicken alles kurz und klein schlägt, wenn sich der leitende Staatsmann einmal erlaubt, anderer Meinung zu sein. Wenig schön ist allerdings die den Konservativen Überlieferungen ebenfalls nicht entsprechende Erfahrung, daß Herr von Treuenfels seine subjektive Meinung über die Notwendigkeit, daß die Konservativen den Reichskanzler stürzen und die Reichsfinanzreform zum Scheitern bringen müßten, durchaus einem ausländischen Journalisten unterbreiten mußte und damit einen bedauerlichen Mangel an richtiger Schätzung der politischen Lage bewies.

Auch die Ausführungen des Fürsten Bülow zum Fall Schücking scheint man im konservativen Lager mehrfach mißverstanden zu haben, weil er genötigt war, sich auch gegen eine Ausführung der Konservativen Korrespondenz zu wenden. Das Parteiorgan hatte indirekt die Meinung durchblicken lassen, daß die Staatsregierung dem Regierungspräsidenten, der gegen den Bürgermeister Schücking disziplinarisch vorgegangen war, schon um der Staatsautorität willen die Stange halten müsse, auch wenn sein Vorgehen nicht im Sinne der Regierung gewesen sei. Der Ministerpräsident aber mußte Wert darauf legen, bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß er von politischen Beamten in ihren Maßnahmen unter allen Umständen eine Unterstützung seiner Politik verlangen müsse. Indem er einen scharfen Strich zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien machte, stellte er fest, daß er keinen Beamten, wenn er nicht als solcher wegen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie überhaupt unmöglich sei, wegen seiner politischen Gesinnung drangsaliert wissen wolle. Die Aufstellung dieser Grundsätze war unanfechtbar und zeitgemäß, aber sie konnte natürlich als eine unmittelbare Mißbilligung des Vorgehens gegen Schücking aufgefaßt werden, um so mehr, als in der konservativen Presse der Fall immer so dargestellt worden war, als ob dem Regierungspräsidenten von den Liberalen zugemutet worden sei, Beschimpfungen des Staats ruhig über sich ergehen zu lassen. Auf nähere Auseinandersetzungen über den Fall selbst ging aber Fürst Bülow gar nicht ein, und das mit Recht, denn es kam nur darauf an, zu den grundsätzlichen Folgerungen, die die Parteien aus dem Fall gezogen hatten, Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler berührte auch die Wahlrechtsfrage in Preußen, worüber er freilich noch nichts bestimmtes mitteilen konnte, und verteidigte sich energisch gegen

die ihm in feindlichen Blättern und indirekt auch in einer auf Schleichwegen wandernden Agitation gemachten Vorwürfe, daß er in der Novemberkrisis den Kaiser nicht genügend gedeckt habe. Es war gewiß gut, daß sich Fürst Bülow einmal offen darüber aussprach, freilich konnte er nicht vermeiden, daß seine Ausführungen ängstliche Gemüter und übelwollende Gegner zu besondern Deutungen veranlaßten. Aber die Kritiker können sich beruhigen; diese Abwehr kam nicht aus einer schwachen und gefährdeten Stellung, sondern bedeutete einen entschlossenen Griff in ein Gewebe von Lügen und Täuschungen.

Wer übrigens durchaus etwas mißverstehen will, findet in jeder Ausführung etwas, was er für diesen Zweck ausbeuten kann. So sind die Bemerkungen des Fürsten Bülow über die Bekämpfung der Sozialdemokratie von einigen Seiten als Ankündigung eines neuen Sozialistengesetzes verstanden worden. Die Deutung erscheint schon dadurch verdächtig, daß sich andre darüber beklagt haben, daß die Regierung nach den Worten des Fürsten Bülow offenbar nicht beabsichtige, Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen. In Wirklichkeit hat sich Fürst Bülow darüber überhaupt nicht ausgesprochen. Theoretisch hat er allerdings die Möglichkeit eines künftigen gesetzgeberischen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie aufgestellt, aber nur, um zu zeigen, daß die Voraussetzungen dazu bei weitem nicht erfüllt sind. Und auch diese Feststellung diene ihm nur zu einem Mahnwort an die bürgerlichen Parteien, die durch ein Übermaß der Kritik die notwendige Autorität im Staate untergraben. Wenn er daran erinnerte, daß auch Kreise, zu deren Tradition die Aufrechterhaltung der Autorität gehört, „keinen Anstand genommen haben, Vorurteilen, Leidenschaften, Irrtümern der breiten Massen in ergiebigstem Maße Rechnung zu tragen“, so ist für jeden Unbefangnen klar, daß der Zweck dieses Hinweises ein ganz anderer war als die Empfehlung von Ausnahme-gesetzen und Gewaltmaßnahmen gegen die Schäden der Gesellschaft.

Während die Rede des Fürsten Bülow in den Parteien so verschiedenartige Wellenkreise zog, hat sich in der Kommission des Abgeordnetenhauses eine Verständigung über die Beschaffung der Mittel zur Erhöhung der Beamtengehälter vollzogen. Danach wird der Vorschlag der sogenannten Gesellschaftsteuer, wie vorauszusehen war, fallen gelassen; eine allgemeine Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und einige neue Stempelsteuern sollen den Ausfall decken. Freilich ist dabei der Plan, die neuen Lasten möglichst auf die stärksten Schultern zu legen, sehr ins Hintertreffen gekommen; die vereinbarten Zuschläge belasten die mittlern Einkommen recht bedeutend. Aber es ist wenigstens eine allgemeine Reform des Einkommensteuergesetzes ins Auge gefaßt.

Nun ist auch endlich nach schweren Mühen im Königreich Sachsen die Wahlrechtsreform unter Dach und Fach gebracht worden. Regierung und Parteien haben dabei manches Opfer an Dieblingsideen bringen müssen, und zuletzt stellt doch das alles einen Versuch dar, von dem noch niemand genau weiß, wie er sich bewähren wird. Aber die Einsicht aller positiv mitarbeitenden Teile in die dringende Notwendigkeit, diese einmal in Fluß gebrachte Sache auch einem baldigen Abschluß entgegenzuführen, hat einen heilsamen Druck ausgeübt, und so ist eine Lösung zustande gekommen, die als eine der interessantesten auf diesem Gebiete gelten muß. Die ersten, freilich sehr verwickelten Vorschläge der Regierung und die Versuche, die Verhältnismahl einzuführen, sind dabei in die Brüche gegangen, dafür ist ein sorgfältig durchdachtes, wenn auch in Einzelheiten nicht ganz von Bedenken freies Pluralstimmensystem angenommen worden, das in eigenartigen Kombinationen den durch Alter, Bildung und Besitz voranstehenden Bevölkerungselementen gewisse Vorzüge sichert. Wenn dieser Versuch günstig ausläuft, wird das unter Umständen auch für Preußen und seine Wahlrechtsreform von der größten Bedeutung werden können.

Ausländische Volksmusik. Die nationalen Charaktere Europas drücken sich dem Musikalischen am kürzesten in wenigen Takten der Volksmusik jedes Landes aus. Die meisten Völker Europas haben sich in den letzten Jahrhunderten charakteristische Volksliedchen geschaffen. Diese findet man jetzt vereinigt in zuverlässiger Form und mit sorgfältigem, knappem Bericht über die Entstehung von Text und Melodie, über ihre Verbreitungsgeschichte und Geltung in der neuen Arbeit des Breslauer Gelehrten Emil Bohn „Die Nationalhymnen der europäischen Völker“ (M. u. S. Marcus). Neben seinem schlichten kleinen Meisterwerk, an dem auch der stille Humor des Verfassers erfreut, sei hier die dilettantischere Arbeit von Louis Schneider „Das französische Volkslied“ erwähnt, die Richard Strauß in seiner Musikbändchensammlung veröffentlicht (Marquardt u. Co.). Sie enthält zwar dieses und jenes schiefe Wort und recht wenig Musikbeispiele, ist aber im ganzen gefällig belehrend und eine dankenswerte Beleuchtung französischer Art und Kultur.

Roggenausfuhr. Im zweiten Heft Seite 111 wird erwähnt, daß Deutschland in den ersten neun Monaten des Jahres 1908 mehr Roggen ein- als ausgeführt hat. Dazu schreibt uns Herr Justizrat Groeger in Schweidnitz: diese fremdliche Tatsache, die sich auch auf die Wehlausefuhr erstreckt und die Reichskasse um den vollen Ertrag der Getreidezölle bringe (das Maß der Schädigung ist damit nicht ganz klar ausgedrückt), werde im Export, dem Organ des Zentralvereins für Handelsgeographie, auf die Einrichtung der Einfuhrscheine und die Aufhebung des Identitätsnachweises zurückgeführt.

Die Redaktion

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquardt in Leipzig

„Ein treuer Führer in Kindesland,

ein Wegweiser soll dieses Buch sein; diese Absicht der Herausgeberin wird dadurch verwirklicht, daß sie nicht allein den Plan des Buches mit sozialem Geiste durchtränkt, sondern es auch verstanden hat, für jedes Gebiet des Kindeslebens tüchtige Sachleute zur Mitarbeit heranzuziehen und so die besten Resultate der Kinderforschung, der Kinderpflege und Erziehung im modernen Sinne den Eltern und Erziehern darzulegen. Die ganz neue Wertung, die der kindliche Mensch im Jahrhundert des Kindes gefunden hat, gelangt hier zum Niederschlag, und aus dem Wirrwarr der pädagogischen Anschauungen unserer Übergangszeit, in dem man am liebsten alles Alte unter den pilzartig aufwuchernden Neuschöpfungen erstickt hätte, leiten die objektiven Darstellungen zu geklärten Auffassungen über, die den Faden der Entwicklung nicht abreißen, sondern seiner fortspinnen. So hat Fröbels Wort: »Kommt, laßt uns den Kindern leben!« einen neueren und tieferen Sinn erhalten.“

Urteil des „Berliner Tageblattes“ über

Das Buch vom Kinde

Ein Sammelwerk für die wichtigsten Fragen der Kindheit, unter Mitarbeit zahlreicher hervorragender Sachleute herausgegeben von **Udele Schreiber**.

Inhaltsübersicht. I. Band: Einleitende Kapitel. „Körper und Seele des Kindes. Häusliche und allgemeine Erziehung. — II. Band: Öffentliches Erziehungs- und Fürsorgewesen. Das Kind in Gesellschaft und Recht. Berufe und Berufsvorbildung.

Mit zahlreichen Abbildungen und Buchschmuck. 54 Bogen 8er. 80. In Leinw. geb. 16 M., in 2 Bänden geb. je 7 M., geb. je 9 M. Jeder Band wird einzeln abgegeben.

„Nicht leicht fällt dem Referenten die Besprechung dieses prachtvollen Werkes im Rahmen einer kurzen Rezension; am liebsten möchte er einfach jeder um eine gute Erziehung ihrer Kinder besorgten Mutter zurufen: »Laß Dir dieses Buch möglichst bald von Deinem Manne schenken; schau' es Dir an, und so oft Du Rat und Auskunft brauchst über das, was Dir unklar und unbekannt, so schlage in diesem Sammelwerk nach, und Du wirst gut beraten werden.«“ (Das Kind)

Ausführlicher Prospekt umsonst und postfrei vom Verlag

B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.